

WORTE

„Ich werde sicher bei wichtigen Anlässen Edmund Stoiber um Rat fragen. (...) Aber: Um Rat zu fragen, heißt nicht, Weisungen entgegenzunehmen.“

Bayerns Innenminister und designierter Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) in der „Bild am Sonntag“ über den künftigen Einfluss des scheidenden Regierungschefs Edmund Stoiber

„Unser Land soll auch in Jahr 2020 geprägt sein von den Kirchtürmen und nicht von Minaretten.“

CSU-Chef Edmund Stoiber in Berlin über den Bau von Moscheen.

„Die Landwirte können ihre Äcker hier ja schlecht einrollen, unter den Arm klemmen und woanders hingehen.“

Landwirt Helmut Behning während der Antikernkraft-Demonstration in Gorleben am Sonnabend.

KOMMENTARE

Lockerung des Waffenrechts
Weniger ist mehr

Von Winfried Borchert



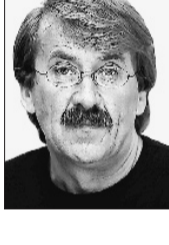
Im April 2002 hatte ein 19-Jähriger in Erfurt 16 Menschen und sich selbst getötet. Erschossen mit einer Pistole, die er sich als Mitglied eines Schützenvereins mehr oder minder legal im Laden gekauft hatte. Nach der Bluttat wurde das Waffengesetz verschärft, das Mindestalter für den Besitz von Großkaliberwaffen von 18 auf 21 Jahre heraufgesetzt. Jetzt will der Bundesinnenminister dies rückgängig machen. Begründung: Die strengere Regelung habe keinen Sicherheitsgewinn gebracht.

Erstaunlich. Woher will der Minister wissen, wie viele Amokläufe ausblieben, weil Heranwachsenden die Pistole fehlte? Auch das Argument, man strebe eine EU-Regelung an, sticht nicht. Mehr Waffen in Privatbesitz, egal ob für Deutsche, Franzosen oder andere, machen unser Land nicht sicherer. Man wird das Gefühl nicht los, der Vorstoß des Innenministers orientiert sich eher an den Wünschen der Waffenlobby als an den Sicherheitsinteressen der Bürger. Bei Waffen gilt noch immer der Grundsatz: Weniger ist mehr. (Politik)

Leichtathletik-WM

Werfende Frauen

Von Rudi Bartlitz



Man sollte sich zwar davor hüten, nach Osaka schon wieder von einer neuen deutschen Leichtathletik-Herrlichkeit zu reden, aber der Abwärtstrend, der in Athen seinen absoluten Tiefpunkt erlebt hatte, scheint sich wieder umzukehren.

Ausnahmsweise fällt es nicht schwer, die zu benennen, die den Hauptanteil am Medaillengewinn im Land der aufgehenden Sonne haben: die Frauen und die Werfer. Erstere holten allein fünf der sieben Plaketten. Dass dies kein einmaliger Ausreißer war, verdeutlicht ein Blick auf sämtliche Welttitelkämpfe seit 2000: Da kommen von 23 Medaillen 14 auf das Konto des deutschen Fräulein-Wunders.

Es scheint ebenso festzustehen: Während deutsche Leichtathleten auf der Bahn allenfalls Mitläufer sind, sorgen die Werfer für Furore. Warum gerade sie? Deutschland verfügt in diesen komplizierten Disziplinen über lange Traditionen und mit die besten Trainer der Welt.

Und nicht zu vergessen: Wir leben in diesem Land in einer klassischen Wegwerf-Gesellschaft. (Seite 1/Sport)

Atomausstieg

Spiel mit der Angst

Von Georg Kern



Verbissen verteidigt Bundesumweltminister Gabriel den Atomausstieg. Jetzt fordert er sogar, sieben Kernkraftwerke sofort abzuschalten. Gabriels Kanzlerambitionen sind bekannt, und beim zweiten großen Umweltthema, Klimaschutz, kann er sich kaum profilieren. Denn auf diesem Gebiet stiehlt ihm Kanzlerin Merkel fast ganz die Show.

Dabei wirft Gabriels Kurs beim Atomausstieg berechtigte Fragen auf wie etwa diese: Wie ist der Verzicht auf Kernenergie mit den Klimazielen Deutschlands vereinbar? Das sofortige Abschalten von sieben Kernkraftwerken dürfte das Problem noch verschärfen. Gabriel spielt mit der Angst der Menschen. Geschickt nutzt er dabei auch die jüngsten Unfälle in Krümmel und Brunsbüttel für sich. Die Fragen nach Klimazielen oder Strompreisen kommen in Gabriels Politik zu kurz. (Politik)

STIMMEN DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Tages Anzeiger

Durst nach Märchen

Schäuble will SPD treffen

Die „NZZ am Sonntag“ (Zürich) über Prinzessin Diana: Das beinahe widernatürliche Interesse, das Prinzessin Diana, die einstige Gattin des britischen Thronfolgers, im Leben wie im Tode begleitet, beweist schlüssig, dass wir auch in unserem angeblich so aufgeklärten und abgeklärten Zeitalter noch nach Märchenfiguren dürsten. Mehr denn je, vielleicht. Aber Märchen zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie einen klaren Anfang und einen endgültigen Schluss haben. (...) Und so wäre wohl höchste Zeit, den Rummel zu beenden, bevor er endgültig zum Kult wird – und die geplagte Seele ruhen zu lassen.

Der „Tages Anzeiger“ (Genf) über Schäubles Anti-Terror-Pläne: Wolfgang Schäuble ist schon zu lange im Geschäft, als dass irgendwer wirklich glaubt, er könnte versehentlich seine Pläne für eine eher plumpe Spionagesoftware bekannt gegeben und anschließend die Umsetzung zusätzlich durch unbedachte Äußerungen untergraben haben. (...) Man wird den Eindruck nicht los, dass es dem Innenminister nur darum geht, Gelegenheiten zu schaffen, um die trotzigen Sozialdemokraten als naive Handlanger von Cyber-Kriminellen und Terroristen hinzustellen.



Karikatur: Andreas Rulle

Umwelt-Botschafter im Dauereinsatz

Ungarische Rechtsextreme gründen Wehrsportgruppe

Auf dem Budapester Burgberg weht die rot-weiße Árpádfahne

Von Stephan Ozsváth

Die Sonne steht jetzt schon hoch. Die Hitze ist unerträglich geworden. Auch die etwa 300 Teilnehmer der kleinen Demonstration am Fuße des Budaeer Burgberges schwitzen. „Nie wieder“ steht auf den Transparenten. Andere zeigen KZ-Bilder. Erzsébet Daróczy spricht für die ungarischen Roma. Sie erzählt von ihren Verwandten, die im KZ leiden mussten. „Soll ich denen sagen, ich bleibe heute lieber zu Hause?“, fragt sie in die Menge. Ein Provokateur mit Glatze und schwarzer Kleidung zieht vorbei. „Nein“, sagt sie, „ich bleibe nicht zu Hause und rühre in der Suppe.“ Das Schlimmste sei, dass ein ehemaliger Verteidigungsminister, Lajos Für, ihnen „den Weg ebnet“. Dabei berufe er sich auf Meinungsfreiheit und Demokratie. „Doch was zählt mehr?“, fragt Daróczy in die Menge, „ihre Meinungsfreiheit oder unsere Würde?“



Jobbik – zu deutsch: „die Besseren“ – ist ein Sammelbecken für Ungarns Rechtsextreme. Foto: Stephan Ozsváth

Rechtsextreme vor dem Präsidentenpalast

Oben auf dem Budapester Burgberg wehen schon die Fahnen: Die rot-weiß-grüne ungarische Trikolore und die rot-weiße Árpádfahne, unter der im Zweiten Weltkrieg ungarische Pfeilkreuzler die ungarischen Juden in den Tod schickten. Die rechtsextremen „Goj-Motorradfahrer“ sind gekommen, ein Skinhead betont auf seinem T-Shirt die Überlegenheit der Weißen Rasse („White Power“), unterzeichnet mit „88“, dem Szene-Code für „Heil Hitler“.

Ein anderer bekennt sich ganz offen dazu „born to be a nazi“ (zum Nazi geboren) zu sein. Eine alte Dame raunt „Hier oben sind die wahren Ungarn“. In Sprechchören fordern sie: „Gyurcsány hau ab“, denn den sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány können sie nicht leiden. „Es gibt keine Nazi-Gefahr“, behauptet Jobbik-Parteichef Gébor Vona. „Es gibt eine Kommunistengefahr“, denn schließlich sei der Ministerpräsident ja früher mal ZK-Chef des Kommunistischen Jugendbundes KISZ gewesen.

Jobbik, zu Deutsch: „Die Besseren“, ist ein Sammelbecken für Ungarns Rechtsextreme. Deren Parteichef Vona steckt auch hinter dem Aufmarsch auf der Burg. Eine „Ungarische Garde“ soll hier gegründet werden. Vona behauptet, „man müsse bereit sein“. Bereit, die Heimat zu verteidigen. In Vonas Fantasie probt bereits „Rumänien in Manövern die Besetzung der Tiefebene“.

Den Nachweis bleibt er allerdings schuldig. Der Jobbik-Chef begründet die geplanten Wehrsportaktivitäten in einem Interview auf der parteieigenen Homepage mit der Abschaffung der Wehrpflicht in Ungarn. Für den Fall eines „Bürgerkrieges“ oder „Angriffes von außen“ stünden die Aktivisten der „Ungarischen Garde“ bereit. Gegen wen es gehen soll, lässt er offen.

Doch ungarische Juden und andere Minderheiten sind alarmiert. Denn „Jobbik“ hetzt gegen

Roma, Juden und Homosexuelle. 2003 wurde die Partei von radikalen Universitätsstudenten gegründet. Bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr trat die Partei auf einer gemeinsamen Liste mit der rechtsextremen „Lebens- und Wahrheitspartei“ (MIÉP) des antisemitischen Schriftstellers István Csurka an. Die ungarischen Wähler strafte die Rechtsextremen jedoch ab, lediglich 2,2 Prozent machten ihr Kreuz hinter dem „Dritten Weg“. Bei den Kommunalwahlen im Oktober letzten Jahres gelang den Rechtsextremen allerdings der Sprung in einige Rathäuser, etwa in Debrecen, der drittgrößten Stadt des Landes. Denn neben dem rechtskonservativen Bürgerbund Fidesz war auch „Jobbik“ maßgeblich an der Organisation der Anti-Regierungsdemonstrationen vor einem Jahr beteiligt. Sie hatten sich an der sogenannten „Lügenrede“ von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány entzündet, der zugeben hatte, die Ungarn vor den Parlamentswahlen 2006 über die wahre Finanzlage des Landes getäuscht zu haben.

„Jobbik“ ist stramm romafeindlich, im Internet betreibt die Partei einen digitalen Pranger, an den – mit Foto – angeblich „kriminelle Zigeuner“ und vermeintliche Polizeispitzel gestellt sind. Angesichts der „Gay Pride“-Parade Anfang Juli rief die Partei dazu auf, Homosexuelle zu fotografieren. Schwule und lesbische Paradeiteilnehmer wurden von den Rechtsextremen attackiert.

Der Verband der jüdischen Gemeinden MAZSIHISZ befürchtet, dass „die Radikalen mit Vorbereitungen zu bewaffneter Gewalt begonnen haben“. Dies gefährde sowohl die öffentliche Ordnung als auch die ungarischen Juden.

„Die Gründung dieser Kampftruppe ist eine direkte Fortsetzung der Tätigkeit der Rechtsradikalen im vergangenen Herbst, als bei den Straßendemonstrationen stets antisemitische Parolen zu hören waren“, beklagt der Verband.

Treueschwur unter Trommelwirbel

„Gott schütze die Ungarn“, aus hunderten Kehlen ertönt die Nationalhymne, Geistliche segnen die Fahne – rot-weiß gestreift und mit goldenen Löwen verziert, und dann marschieren 56 Gardisten unter Trommelwirbel zum Platz vor dem Präsidentenpalast. Die Zahl 56 soll an den Ungarn-Aufstand 1956 gegen die sowjetischen Besatzer erinnern. Die Befehle erteilt der Schauspieler Mátýás Ustics – auch er in schwarzer Kappe, schwarzer Hose, schwarzer Weste und weißem Hemd. Er betet vor. „Ich, Mitglied der ungarischen Garde, schwöre...“ Aus dem schwarzen Haufen kommt das Echo: „Ich, Mitglied der ungarischen Garde, schwöre.“ Der ehemalige Verteidigungsminister Lajos Für verteilt die ersten Mitgliedsausweise an die frischgebackenen Gardisten. Sie sollen künftig Aufgaben im Heimat- und Katastrophenschutz übernehmen. Aber sie sollen auch schießen lernen.

„Ich bin außer mir, dass es möglich ist, so eine halbfaschistische Gruppierung zu gründen“, sagt eine Dame auf dem „Teleki-Markt“ in der Józsefváros, dem Romaviertel von Budapest. „Schweine“, raunt ein anderer Roma an einem Gemüsestand. Auch ein paar Schritte weiter, beim Roma-Radio „Radio C“, versteht man die Welt nicht mehr: „Was soll das? Heimat verteidigen? Das ist eine Parteiarmee“, findet der Direktor des Senders, Tivadar Fátýol, und beißt noch ein Stück von seinem Lángos ab, dem fettigen Hefefladen, den es auf dem Markt nebenan zu kaufen gibt.

„Eine Schande“ sei die Gründung der Garde, wettet auch Premierminister Gyurcsány. Er fordert alle „demokratisch denkenden Ungarn auf, wachsam zu sein und im Zweifel dagegen aufzustehen“. Aber erst nach einem Protestbrief des Jüdischen Weltkongresses hat Gyurcsány den Generalstaatsanwalt angewiesen, „Jobbik“ und ihren Ableger „Ungarische Garde“ genau zu beobachten. Tivadar Fátýol schüttelt den Kopf. „Warum fällt ihm das jetzt erst ein?“, wundert er sich und wischt sich den Schweiß ab.

Fast alle demokratischen Parteien distanzieren sich von der rechtsextremen Garde. Nur der rechtskonservative Bürgerbund Fidesz hat sich lediglich einen lauen Appell abgerungen, doch bitte die Bürgerrechte zu respektieren. Der Fidesz wolle die zwölf Prozent Wähler am rechten Rand einfangen, vermutet der Soziologe Pál Tamás.

Nach einer guten Stunde ist die gespenstische Zeremonie auf der Burg vorbei. „Was halten Sie denn von der Garde, braucht Ungarn die?“ Der Taxifahrer nickt. Schon als Ausgleich zu Roten und Liberalen. Die werden sonst zu mächtig. Und er raunt dem Fahrgast zu: „Sie wissen ja, wer hinter den Liberalen steckt?“, fragt er in verschwörerischem Tonfall und gibt sich selbst die Antwort: „Die jüdische Lobby.“ (n-ost)

Regierung der Niederlande startet Aktionsplan gegen Polarisierung

„Es gibt keine Pillen gegen Radikalisierung“

Von Thomas P. Spieker

Ehsan Jami ist 22 Jahre alt, Gemeinderat in der niederländischen Stadt Leidenschendam und ehemaliger Muslim. Weil der gebürtige Iraner seinen Glauben aufgegeben und den Propheten Mohammed beschimpft hat, wurde er verprügelt und bedroht. Jetzt lebt er unter Polizeibewachung an einem geheimen Ort.

Der Fall erinnert an die prominente Islamkritikerin und frühere niederländische Parlamentarierin Ayaan Hirsi Ali, die inzwischen in die USA ausgewandert ist. Seit der Ermordung des Regisseurs Theo van Gogh durch einen muslimischen Extremisten im November 2004 ebbt der Streit über Gläubige und Ungläubige nicht ab. „Die islamische Radikalisierung und die rechtsextreme Radikalisierung sind zur Zeit die größte Bedrohung für die niederländische Gesellschaft“, stellt die Regierung in Den Haag fest. Mit einem „Aktionsplan gegen Polarisierung und Radikalisierung“ will sie diese Entwicklung im Keim ersticken. In den kommenden vier Jahren stehen 28 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt zur Verfügung, um vor allem Jugendliche auf den Pfad von Friedfertigkeit und Toleranz zu führen. Eine begleitende wissenschaftliche Untersuchung soll zeigen, ob sich nicht nur das äußere Verhalten, sondern auch die innere Einstellung der Betroffenen ändert.

Der erste, der 400 000 Euro aus dem Aktionsplan bekommt, ist der Bezirksbürgermeister des Amsterdamer Stadtteils Slotervaart, Ahmed Marcouch. Der aus Marokko stammende Sozialdemokrat und gläubige Muslim ist derzeit die Galionsfigur eines entschlossenen Auftretens gegen aufmüpfige oder gar kriminelle Jugendliche – viele aus marokkanischen Familien.

In Slotervaart treten Polizei, Sozialarbeiter und private Sicherheitsdienste in einer konzertierten Aktion auf. Ziel ist dabei immer die möglichst direkte Ansprache.

So stauchen muskelprotzende „streetworker“ herumhängende Jugendliche zusammen, wenn sie die Umgebung belästigen. Schulschwänzer werden persönlich zum Unterricht begleitet. Polizisten marokkanischer Abstammung suchen die Eltern auffälliger Jugendlicher auf. Schwierige Fälle knüpft sich Marcouch, ein ehemaliger Polizist, auch selbst vor.

Die Explosivkraft des Konflikts zwischen gebürtigen Niederländern und den Einwanderern mit vor allem muslimischem Hintergrund und ihren Nachkommen wird als hoch eingeschätzt. Nach Beobachtung des Inlandsheimdienstes nimmt die Radikalisierung junger Muslime stark zu, auf

der anderen Seite verbreiten Rechtsextremisten immer offensiver nicht nur ihre Parolen im Internet. Experten zählen jährlich Tausende rassistische Übergriffe. Der Geheimdienst warnt: „Anhaltende ethnische Konfrontationen können auf Dauer den Zusammenhalt der niederländischen Gesellschaft bedrohen.“

Ob der Aktionsplan der Regierung dazu beiträgt, das zu verhindern, bleibt offen. Innenministerin Guusje ter Horst: „Es gibt keine Pillen gegen Radikalisierung.“ Und der hochgelobte Ahmed Marcouch führt in Amsterdam-Slotervaart erst seit gut einem Jahr die Regie – zu kurz, um über Erfolg oder Misserfolg zu urteilen. (dp)